

20. NOV 1961

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/261 - 20. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Politischer Stilwandel?</u> Minister mit guten Vorsätzen	44
2 - 2a	<u>Eine grosse Leistung</u> Zum Bundeskongress der Jungsozialisten in Düsseldorf Von G. Markscheffel	65
3 - 4	<u>Vor der grossen Konfusion</u> Zur Amerikareise des deutschen Bundeskanzlers Von unserer Korrespondenten in den USA	89
5	<u>Junge Generation in der politischen Verantwortung</u> Begegnung mit Sozialisten aus Afrika und Asien Von Heinz Putzrath, Geschäftsführer der "Weltweiten Partnerschaft"	55
6 - 7	<u>In guten Händen</u> 15 Jahre niedersächsische Landesregierung	74

* * *
* *

Politischer Stilwandel?

Minister mit guten Vorsätzen

"Wenn gute Reden sie begleiten,
dann fließt die Arbeit munter
fort."

sp - Man kann nicht bestreiten: die neuen und so mancher alte Minister im vierten Kabinett Adenauer sind von guten Vorsätzen erfüllt, es soll Vieles besser und manches anders gemacht werden. Bundeswirtschaftsminister Erhard sprach von der Notwendigkeit, die bisher so stiefmütterlich behandelte Opposition bei der Beratung von Lebensfragen der deutschen Nation heranzuziehen, ein Prinzip, zu dem sich auch der neue Außenminister bekannte. Innenminister Höcherl will den verunglückten Notstandsentswurf seines nicht immer geschickt gewesenen Vorgängers Schröder in der Schublade belassen und in Zusammenarbeit mit allen Parteien, den Ländern und Gewerkschaften tragbare Lösungen für den Fall des äußersten Notstandes finden und sie als neuen Gesetzentwurf dem Bundestag vorlegen. Der völlig missratene Gesetzentwurf über Ein- und Ausreise, der selbst in der alten CDU/CSU-Fraktion auf erbitterten Widerstand stieß, soll ebenfalls Makulatur bleiben. Ähnliche Bekundungen guter Absichten erfolgten vom Bundes- und Justizminister.

Der bundesrepublikanische Staatsbürger registriert dies mit Genugtuung. Er ist des vergiftenden Parteihaders ohnehin müde, er verlangt, ohne dass die in einer Demokratie unerlässlichen Auseinandersetzungen verwischt werden, ein Höchstmaß von Gemeinsamkeit, und damit eine Beendigung des dem Gemeinwesen so schädlichen Freund-Feind-Verhältnisses.

Freilich kann nicht übersehen werden: die Bundesminister mit ihren guten Vorsätzen sprechen zunächst noch für sich, nicht für die Gesamtheit des Kabinetts. Erst in der Regierungserklärung wird zu erkennen sein, ob diese Anzeichen für einen Stilwandel ihren Niederschlag in der Gesamthaltung finden. Immerhin bestimmt nach dem Grundgesetz der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik. Wird er sich angesichts so vieler Beteuerungen seiner Minister auch beeinflussen lassen und in der Opposition nun mehr sehen als den lästigen und unbequemen Mahner, als den sie bisher in seinen Augen galt?

An der Opposition wird es gewiss nicht liegen. Als Mitträger und Mitgestalter unseres Staates weiß sie, was ihr obliegt. Ihr in der Bonner Beethovenhalle im Frühjahr dieses Jahres veröffentlichtes Regierungsprogramm bietet reichlich Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition zum Wohle des heute so gefährdeten G a n z e n. Die deutsche Politik hat einen Stilwandel bitter nötig, die Schandmauer in Berlin sollte alle demokratischen Kräfte im freien Teil unseres Vaterlandes stets erinnern, es nicht zur Errichtung innerpolitischer Mauern im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition kommen zu lassen.

Eine grosse Leistung

Zum Bundeskongress der Jungsozialisten in Düsseldorf

Von G. Markscheffel

Ein Bundeskongress der Jungsozialisten ist m e h r als der Versuch, jungen Sozialdemokraten die Politik der SPD näher zu bringen. Wäre er nur dies, dann könnte mit Recht in der Öffentlichkeit gesagt werden, die Jungsozialisten-Arbeit sei eine Beschäftigung, die sich in der Durchführung sozialdemokratischer Parteitage erschöpft.

Stolze Bilanz

Wer den Bundeskongress der Jungsozialisten am vergangenen Wochenende in Düsseldorf miterlebte, wird gespürt haben, dass die Delegierten ihre aktive Arbeit in der grossen Sozialdemokratie als Selbstverständlichkeit betrachten, ausserdem aber bestrebt sind, im Rahmen dieser Gemeinschaft eigene Ideen zu entwickeln. Sofort nach Kriegsende schlossen sich junge Sozialdemokraten mit der erklärten Absicht zusammen, der von Hitler geschundenen jungen Generation den Weg zur tätigen Mitarbeit in der neuen deutschen Demokratie zu ebnen. Heute sind viele von denen, die damals ans Werk gingen, Mandatsträger der SPD. Junge Bundestags- und Landtagsabgeordnete, zahlreiche Gemeindevertreter, Bürgermeister und Oberbürgermeister haben ihr geistiges Rüstzeug in der Gemeinschaft der Jungsozialisten erworben; zahlreiche ehemalige Jungsozialisten gehören jetzt zu den zuverlässigsten Elementen der deutschen Demokratie.

Kritisch aber sachlich

Die ihnen folgten - das sind die Delegierten des Kongresses in Düsseldorf - setzen dieses grosse Werk fort. Ob sie in den Arbeitsgemeinschaften über die Probleme der Innen- und Aussenpolitik diskutierten, ob sie sich über die komplizierten Fragen der modernen Werbung oder gar über die Problematik der Entwicklungshilfe ereiferten - immer geschah dies mit dem Ziel, der modernen Deutschen Sozialdemokratie neue Impulse für ihre grossen Aufgaben zu geben. Dabei fällt auch manches kritische Wort; es kommt tastend und prüfend, nie jedoch leichtfertig und nur geprägt von der Lust an der Kritik. Fast jeder Beitrag in den Arbeitsgemeinschaften verrät erstaunliche Sachkenntnis, und

wenn gelegentlich einer von den Belegierten redete, nur um zu reden, ging das Gesagte in höflichen Schweigen unter. - Hier manifestiert sich eine erfreuliche Reife, die nur das Ergebnis gewissenhafter Vorbereitungsarbeit in den vielen Jungsozialistengruppen draussen im Lande sein kann.

Ein anderes Merkmal der Düsseldorfer Tagung verdient dargestellt zu werden. Das ist die Sachlichkeit, mit der sowohl im organisatorischen als auch im politischen Bereich die grosse Arbeitsleistung erörtert und bewältigt wurde. Hierbei zeigt sich die Qualitätsauslese, die von der jungen Generation in der Sozialdemokratie selbst vorgenommen wird. Sie ist zugleich aber auch ein Merkmal jenes Teils der jungen Generation, der sich aktiv in das politische Leben eingeschaltet hat. Dieser Wesenszug bedingt, dass man nicht über Fairness redet, sondern fair ist. Man ringt um klare Erkenntnisse, ist hart und scharf, verletzt aber niemanden; auch nicht den politischen Gegner, den man zunächst unterstellt, dass er auch das Gute will.

Enthusiasmus ohne grosse Worte

Das alles deutet jedoch nicht etwa den Verzicht dieser jungen Generation auf Enthusiasmus an. Die grossen Ideen der freien deutschen Arbeiterbewegung, das Streben nach Gerechtigkeit, nach der Humanitas, ist überall spürbar. Jedoch äussert es sich nicht in überschäumenden und an ein Brillantfeuerwerk erinnernde Reden. Der Enthusiasmus dieser Generation ist verhalten, um nicht zu sagen schüchtern. Er lebt im Drängen nach dem Fortschritt und im Bewusstsein, dass in früheren Zeiten jugendlicher Enthusiasmus oft für Ziele missbraucht wurde, die nicht gut waren. Das Erlebnis der Hitler-Diktatur und ihrer Fortsetzung in der kommunistischen Diktatur führt zum Wissen um die Bedingtheit grosser Worte, mit denen schlechte Taten verdeckt werden sollen.

Dank

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann ihren jungen Freunden für die Leistung, die sie nach dem zweiten Weltkrieg im Interesse unseres ganzen Volkes vollbracht hat, dankbar sein. Sie betrachtet die Jungsozialisten nicht als "Wahlkampfhelfer", sondern als gleichberechtigte Mitstreiter in dem grossen Kampf um die Sicherung der deutschen Demokratie.

Vor der großen Konfusion

Von unserem Korrespondenten in USA

Washington, Mitte November

Vor Tische las man's anders. Vor Tische sah alles wunderschön aus. Es gab die deutschen Bundestagswahlen: nicht gerade in einem außenpolitisch günstigen Augenblick, angesichts des russischen Druckes gegen Berlin, aber immerhin eine stolze Demonstration freier Bürger in einem freien Lande. Und dann, so rechnete man sich in Washington aus, würde schnell eine neue deutsche Bundesregierung gebildet werden, repräsentativ und mit einer breiten Vertrauensbasis im neuen Bundestag, und dann würde Präsident Kennedy den neuen Bundeskanzler - der, so hoffte und wünschte man in Amerika sehr ehrlich, wenn auch mit verschlossenen Lippen und nach außen hin diskret, Konrad Adenauer heißen würde - zu Besuch nach Washington einladen, und dann würde man den bitterbösen roten Punkt der amerikanisch-deutschen Beziehungen, der in Laufe des Sommers eingetreten war - sehr schnell und reibungslos überwinden können.

Freunde sind verwirrt und enttäuscht

So las man es vor Tische - wie gesagt. Es kam dann bekanntlich eine Kleinigkeit anders. Es gab eine Serie von Koalitionsverhandlungen, die Amerika, auch die größten Deutschlandfreunde in Amerika verwirrte und enttäuschte, und es kam zu einer Regierung, deren parlamentarische Basis schwach, deren Ansehen getrübt und deren künftiger außenpolitischer Kurs unklar war. Die Amerikaner sind, namentlich unter der Führung des genau kalkulierenden Kennedy, vorsichtige Leute geworden: Sie freuen sich zweifellos über Adenauers Rückkehr an das Staatssteuer, wenn auch nur "unter Bewährungsfrist", und sie haben nichts gegen den neuen Außenminister, weil er für sie ein total unbeschriebenes Blatt ist und sie ihm durchaus objektiv gegenüber treten wollen. Aber sie sagen sich, daß die Lage in Deutschland und der Druck auf Berlin wohl nicht ganz so böse und ernst sein können, wie sie Bonn's Regierung immer behauptet hat, - denn sonst hätte man sich den Luxus des grotesken Koalitions-spiels ja doch nicht monatelang geleistet. Daraus folgt, daß Adenauer nunmehr sein bestes Argument, der Hinweis auf den Ernst der Lage, von Anfang an aus der Hand geschlagen worden ist, und zwar von seinen eigenen Koalitionsfreunden.

Wichtig und bahnbrechend

Zugestanden, es ist bei weitem nicht alle Hoffnung verloren, - im Gegenteil. Objektiv ist es ja richtig, daß nach den jüngsten Ereignissen dem Westen eine Atempause gegeben wurde. Objektiv ist ferner richtig, daß der mysteriöse Zwischenfall des deutschen Botschafters in Moskau, Kroll, in Amerika so viel Staub aufgewirbelt und so viel Kopfschütteln hervorgerufen hat, daß man darüber die etwas weiter zurückliegenden Enttäuschungen über die Bundesregierung schon beinahe wieder vergessen hat. Aber das ist doch alles ein sehr schwacher Trost, - wenn man bedenkt, wie unendlich wichtig und bahnbrechend dieses neue Gespräch Kennedy-Adenauer jetzt sein wird - oder wenigstens nach amerikanischem Willen sein sollte.

Denn in der Tat: Von amerikanischer Seite war alles wunderschön geplant, - und Präsident Kennedy wie Staatssekretär Rusk, Meister in der Kunst der kühlen und rationalen Vorausberechnung, hatten sich alles sehr schön ausgedacht - und alle Begleitumstände waren günstig. Die amerikanischen Aufrüstungs- und Mobilisierungsmaßnahmen hatten trotz ihres bescheidenen Umfangs den Männern im Kremel ein bißchen Respekt eingejagt, der kommunistische Parteitag in Moskau hatte mit krasser Offenlegung tiefer interner Krisen im kommunistischen Staatsapparat geendet, die russischen Riesen-Atomtests hatten die öffentliche Meinung, sogar der neutralistischen Länder, ganz gehörig aufgerüttelt, und soeben noch hatte Nehru bei seinem Besuch in Washington gezeigt, daß er einer leichten "Öffnung nach Westen" nicht abgeneigt ist. Von dieser Ausgangsposition aus, so sagte sich Washington, ließ sich gut operieren - und dem Westen endlich eine Initiative zuspielen.

Politik der vorsichtigen Härte

Das war auch durchaus nötig. Innerhalb der westlichen Partner waren ja die Gespräche über die einzuschlagende Berlinalitik verstummt: de Gaulle zog sich aus dem Beraterkreis zurück, die Botschafterkonferenz in Washington schloß vollends ein. Auch der Draht nach Moskau war, durch Gromykos brüskes und völlig verständnisloses Auftreten in New York und Washington Ende September, zunächst einmal gerissen. Andererseits ist in Amerika die sogenannte "weiche" Fraktion, die in der Berlinfrage zu weitgehenden Konzessionen bereit war, einschließlich einem Spiel mit dem alten polnischen Rapackiplan, recht still und mundtot geworden, und Präsident Kennedys Politik der vorsichtigen Härte scheint im Moment unangefochten zu sein. Ist das nicht der ideale Augenblick, im stillen Gespräch mit Allenauer die Bilanz der heutigen Lage zu ziehen, das inner-alliierte Gespräch wieder in Gang zu bringen und genau zu präzisieren, welche Forderungen und welche Angebote man aus der Schublade holen soll, wenn der Draht nach Moskau wieder offensteht?

... nicht gerade leicht gemacht

Möglicherweise wird man es dennoch schaffen, trotz der reduzierten Position des deutschen Sprechers. Präsident Kennedy leidet unter der Existenz unnötiger "toter Punkte" und wird das Seine tun, die westliche Front sowohl zusammenzuschließen als auch wieder zu stärken. Er wird nicht mit dem Kopf durch die Wand - bzw. mit amerikanischen Tanks und Bulldozern durch die "chinesische Mauer" - stoßen wollen oder können; aber er scheint doch durch Irrungen und Wirrungen zu einem europäischen Klärungsprozeß gelangt zu sein, wie etwa seine Ideen über eine enge amerikanische Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Markt verraten. Das ist außerordentlich begrüßenswert und vielleicht unser aller Rettung; aber in aller Mäßigkeit und Objektivität muß man hinzufügen, daß man es ihm bisher wenigstens in diesen letzten zwei Monaten von deutscher Seite aus nicht gerade leicht gemacht hat. Die neue Koalitionsregierung, der man auf den ersten Blick mehr Schwächen ansieht als dem deutschen Ansehen gut tut, wird sich sehr anstrengen müssen, um drohende bittere Enttäuschungen zu vermeiden.

- + +

Junge Generation in der politischen Verantwortung

Von Heinz Putzrath, Geschäftsführer der "Weltweiten Partnerschaft"

Die Jungsozialisten in der SPD und die "Weltweite Partnerschaft" haben ein gemeinsames Seminar durchgeführt, das unter dem Thema "Junge Generation in der politischen Verantwortung" stand. Etwa 30 ausländische Teilnehmer aus mehr als 20 Ländern Afrikas und Asiens haben mit einer ebenso grossen Anzahl deutscher Jungsozialisten einige Tage zusammen verlebt und in dankbar freundschaftlicher Atmosphäre ihre Probleme erörtert. Bei den eingeladenen Vertretern Asiens und Afrikas handelte es sich um Mitglieder von Parteien oder Gewerkschaften, die sich sozialistisch nennen, und so war es wohl das erste Mal in Deutschland, dass sie Gelegenheit hatten, in unserem Lande freimütig im Kreise von Wohlgesinnten nicht nur ihr jeweiliges Land und ihre jeweiligen Führer in den Himmel zu heben, sondern auch bereit waren, Fehler einzugestehen und Kritik über sich ergehen zu lassen.

Die eingeladenen Organisationen haben absichtlich den Begriff "sozialistisch" sehr weit gefasst. Niemand kann erwarten, dass in Asien oder Afrika, also in Ländern, denen ein wesentliches Merkmal unserer westlichen Staaten fehlt, nämlich die fortgeschrittene Industrialisierung, sozialdemokratische Parteien vorhanden sind, die mit den traditionellen Parteien der europäischen Arbeiterbewegung vergleichbar wären. Die jungen Staaten, die erst vor kurzer ihre Unabhängigkeit erlangt haben, ringen nicht nur um die Hebung des Lebensstandards, sondern sie müssen nach Beseitigung der kolonialistischen Bevormundung oft erst das nationale Bewusstsein ihrer Bevölkerung wecken. Bei diesen völlig anderen Voraussetzungen ist es unvermeidlich, dass dem Staat und seinen Organen grössere Befugnisse eingeräumt werden müssen, und oft demokratische Freiheiten, wie wir sie verstehen, nicht in vollem Maße gewährt werden können. Wenn trotzdem Vertreter von Parteien eingeladen wurden, die autoritäre oder diktatorische Züge tragen, und deren Regierungen sich nicht scheuen, die Opposition ins Gefängnis zu stecken, so deswegen, weil erkannt werden muss, dass diese Durststrecke in der Entwicklung dieser Länder nicht eine permanente Erscheinung zu sein braucht. Der Kontakt mit demokratischen Sozialisten bietet ihnen daher eine echte alternative zu der kolonialistischen Praxis, die sie kennengelernt haben, einerseits, und der kommunistischen Verlockungen andererseits, die viele noch nicht durchschauen können. Ein Ignorieren dieser Gruppierungen, die in ihren Ländern oft eine maßgebende Rolle spielen, würde sie automatisch in die Hände der Kommunisten treiben.

Neben den politischen Kontakten, die durch das Seminar gefestigt wurden, sind auch die dort geknüpften persönlichen Bande nicht zu unterschätzen. Es wäre vermessen, zu behaupten, dass ein derartiges Seminar die in der grossen Politik vorhandenen Spannungen allein verringern könnte, und natürlich gab es auch Missverständnisse und Anklagen der beteiligten Länder Afrikas und Asiens untereinander. Die Tatsache aber, dass die deutschen Gastgeber in diesem Falle als Vermittler auftreten konnten, hat unseren eigenen Belangen sehr geholfen und wurde auch allerseits dankbar anerkannt.

Die ausländischen Gäste werden in dieser Woche Gelegenheit haben, Industrieanlagen und landwirtschaftliche Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen zu besuchen. Bei ihrer Rundreise werden sie auch nach Bonn kommen, wo der Bundespräsident sie empfangen wird. Schliesslich wird ihr Deutschlandbesuch mit einem mehrtägigen Aufenthalt in Berlin abgeschlossen werden, wo man ihnen besser als durch alle Referate über das "deutsche Problem" die Sorgen unseres Volkes erläutern kann.

Aus den dankbaren Erklärungen der Teilnehmer darf geschlossen werden, dass dieser Besuch, der für viele das erste Erlebnis des europäischen Kontinentes bedeutet, ein voller Erfolg war, dem andere Begegnungen dieser Art folgen müssen.

In guten Händen

P.S.-Hannover

Während am 1. November d.J. der Flaggenschmuck an den öffentlichen Gebäuden Niedersachsens an den 15. Jahrestag der Gründung des Landes erinnerte, begeht das viertgrößte Bundesland in diesen Tagen ein stilles, politisch aber bedeutsames Jubiläum. Am 23. November 1946 trat in Hannover die erste Staatsregierung des Landes unter Ministerpräsident Heinrich Wilhelm Kopf zusammen. Mit diesem Ereignis wurde das neugegründete Land praktisch erstmals wirksam. Der Gebietsbeauftragte der Britischen Militärregierung hatte an diesem Tage dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des bisherigen Landes Hannover, Heinrich Wilhelm Kopf, die Bestätigung seiner Ernennung zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten ausgehändigt. Noch am gleichen Tage berief Kopf acht Staatsminister in ihre Ämter. Es war eine Allparteienregierung, wie sie den damaligen Notzeiten entsprach. Am Kabinetttisch saßen neben Kopf so bekannte Persönlichkeiten, wie z.B. der Kulturpolitiker Adolf Grimme, der Finanzexperte Dr. Strickrodt, der damalige Wirtschafts- und heutige Landwirtschaftsminister und entschiedene Vorkämpfer der Hannover Messe, Alfred Kubel, sowie Dr. Seeborn als erster Ressortchef für Aufbau und Arbeit.

Diese erste Regierungsmannschaft unter dem Sozialdemokraten Kopf sah sich 1946 - drei Jahre vor Bildung der Bundesrepublik und einer Bundesregierung - fast unüberwindlich scheinender Aufgaben gegenüber. Damals galt es, die Bevölkerung vor Hunger und Kälte zu schützen und einen unübersehbaren Strom von Vertriebenen, Flüchtlingen und Heimkehrern aufzunehmen. Gegen die Demontage wertvoller industrieller Anlagen, gegen steigende Besatzungskosten mußte ein ständiger harter Kampf geführt werden. Diese ersten Aufgaben der Regierung Kopf waren die schwersten. Aber sie wurden gemeistert. Allein bis zur Währungsreform hatte das Land schon rund zwei Millionen Vertriebene aufgenommen und stand damit unter den Ländern der britischen Zone an erster Stelle. Welche Leistung sich hinter diesem Vorgang verbirgt, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieses Eingliederungswerk in seiner ersten Phase in einer Zeit geschehen mußte, da bis zur Hälfte des niedersächsischen Steueraufkommens allein für Besatzungskosten abgegeben werden mußte. Die Sicherung der Ernährung beschäftigte die Regierung Kopf mindestens ebenso intensiv. Nur mit Schrecken erinnert man sich heute des sogenannten "Kartoffelkrieges" mit der Bi-

zonenverwaltung oder an den Hungermarsch der Bevölkerung, die damals mit Ministerpräsident Kopf an der Spitze zur Militärregierung zog, um dort in einer für die damalige Zeit durchaus nicht üblichen Form gegen die Kürzung der Brotrationen zu protestieren:

Nur allzu schnell wird vergessen, dass die Länder damals auch ausenpolitische Gefahren abzuwehren hatten. Hartnäckig mussten auf der Londoner Außenministerkonferenz erhobene Gebietsansprüche gegenüber Niedersachsen zurückgewiesen werden. Erst dann konnte man darangehen, die Fundamente einer neuen demokratischen Staatsordnung zu schaffen, wie etwa eine provisorische Landesverfassung, neue Ordnungen für Kreise, Städte und Gemeinden und andere erste Verwaltungsgesetze. In diese Aufbauzeit fallen auch die Vorarbeiten für die spätere Errichtung der Bundesrepublik, denn es waren die Ministerpräsidenten der deutschen Länder, welche den Grundstein legten, die Bildung eines Parlamentarischen Rates in die Wege leiteten und ihm die Ausarbeitung des Grundgesetzes übertrugen.

Fünfzehn Jahre sind seit dem Arbeitsbeginn der ersten Landesregierung unter Ministerpräsident Kopf vergangen. Aus der von Wohnungsnot, Demontage und Flüchtlingselend bedrohten Landschaft an der Zonengrenze ist ein modernes, gesundes und wirtschaftlich gefestigtes Bundesland geworden, das mit seinen Leistungen die Blicke seiner Nachbarn nicht zu scheuen braucht. Einige Zahlen mögen dies deutlich machen: weit über 1.000 Industriebetriebe wurden in Niedersachsen neu gegründet und angesiedelt. Seit der Währungsreform ist das Land mit der Schaffung von insgesamt rd. 45.000 Siedlerstellen führend im Bundesgebiet. Die Gesamtausgaben für den Schulbereich konnten von 95 Mill. im Jahre 1948 auf 584 Mill. DM im Rechnungsjahr 1961 gesteigert werden. Die wirtschaftliche Sicherung des Zonenrandgebietes, die Stärkung der Selbstverwaltung und die Konsolidierung der Landesfinanzen runden das Bild zielbewusster Landespolitik unter sozialdemokratischer Führung ab. Nur einmal in den vergangenen fünfzehn Jahren - 1955 - hat es eine brüchige Mehrheit versucht, diesen Führungsanspruch der stärksten politischen Partei zu negieren. Das gefährliche Experiment misslang nach zwei Jahren, von denen Spötter zweideutig sagen, es sei die Zeit, in der man in Hannover ohne Kopf regiert habe.

+ + +